

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden
Telefon 1234

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 RM, (einschließlich 20 Pfg. für Zustellung), durch Postweg 2,40 RM, einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand, Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Reklameweile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertenblätter 30 Pfg. Nachdrucke Kulturdenkmal gegen Bezahlung

Druck u. Verlag: Siebich & Reichardt,
Königsplatz 10, Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

Billudski-Mehrheit im Polnischen Sejm Deutsche Mandatsverluste als Folge des Wahlterrors Die Marshallwahlen

Kattowitz, 17. Nov. Nach dem vorläufigen Endergebnis der Sejmwahlen verteilten sich die in den drei oberschlesischen Wahlkreisen abgegebenen Stimmen wie folgt:
Deutsche Wahlgemeinschaft 128 458 St. (1928: 175 113), 3 Mandate (bisher 6);
Regierungsblok Sanacja 196 148 St. (172 037) 6 Mandate;
Korfanty-Partei 210 352 St. (109 606), 7 Mandate;
Polnische Sozialisten 54 747 St. (77 301), ein Mandat.

Die Kommunisten bleiben wie bisher ohne Mandat. Der Rückgang der deutschen Stimmen beträgt im Durchschnitt etwa 27 v. H. Der Mandatsverlust dagegen etwa 50 vom Hundert.

Die Volkswirtschaft Schlesiens stellt im neuen Warschauer Sejm wiederum 17 Abgeordnete, jedoch hat der Deutsche Wahlblock je ein Mandat in den drei Wahlkreisen gegenüber 1928 verloren. In den oberschlesischen Landgemeinden ist ein Rückgang der deutschen Stimmen um durchschnittlich 30 v. H. zu verzeichnen. In einzelnen Orten beträgt der Verlust sogar bis zu 70 und 80 v. H.

Die polnischen Aufständischen können also den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, mit ihrem in den letzten Wochen ausgeübten unbeschreiblichen Terror vielfach Erfolg gehabt zu haben.

Auch in den Städten ist ein wesentlicher Rückgang der deutschen Stimmen festzustellen, wenn auch nicht in dem Maße, wie auf dem flachen Lande. Die Korfanty-Partei hat nach den bisherigen Ergebnissen an Stimmenzahl stark zugenommen, was wohl in der Hauptache daraus zurückzuführen ist, daß große Teile der obererschlesischen Bevölkerung die Verhaltung Korfantys als unerschrocken ansehen und als Protest dagegen ihre Stimme seiner Partei gegeben haben.

Nach den bis jetzt vorliegenden Teilergebnissen erhielten: in Königshütte die Deutsche Wahlgemeinschaft 17 709 Stimmen gegenüber 19 892 im Jahre 1928, der Regierungsblok 8447 Stimmen und die Korfanty-Partei 9141 Stimmen. In Zarnowitz ging die deutsche Stimmenzahl von 3291 im

Jahre 1928 auf 2752 zurück. Der Regierungsblok erhielt hier 2403, die Korfanty-Partei 2149 Stimmen. In Friedland erhielt die deutsche Wahlgemeinschaft 2810 (3802) Stimmen, Regierungsblok 2354 und Korfanty-Partei 2564. Behauptet haben sich die Deutschen in Schwientochlowitz, wo sie 3261 Stimmen gegenüber 3291 im Jahre 1928 erhielten.

Von 444 Mandaten 234 für Billudski

Warschau, 17. Nov. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen aus den einzelnen Wahlkreisen behält es sich, daß der Regierungsblok die vorausgesehene absolute Mehrheit erreicht hat. Die Regierungsliste hat insgesamt 234 von 444 Mandaten erobert. Der von der polnischen Regierung ausgeübte unbeschreibliche Terror hat also zu einem vollen Erfolg geführt. Auf die Nationaldemokratische Partei entfielen 40 Mandate, das wären drei Mandate mehr als bei den Wahlen im Jahre 1928. Den im Zentrum vereinigten fünf Parteien sind, wie bis jetzt festgestellt werden konnte, nur 80 Mandate ausgefallen. Der Rest von Mandaten entfällt sodann auf die Minderheiten und auf die Kommunisten, die allesamt in diesem verhängnisvollen Wahlkampf glatt bezimert wurden.

Aus einer Zusammenstellung der Ergebnisse geht hervor, daß der Hauptkampf zwischen der Regierungsliste, dem Zentrum und den Nationaldemokraten ausgefochten wurde. Bis jetzt sind die

Belussen und Ukrainer ohne Mandat

geblieben. Es kann jedoch angenommen werden, daß den Ukrainern noch einige Mandate „zugebilligt“ werden. Auch die Juden dürften mit sehr spärlicher Gefolgschaft in den neuen Sejm einziehen.

Die Deutschen haben bisher in den Wahlkreisen Bromberg, Samter, Königshütte, Kattowitz und Leiden 5 gegenüber 9 Mandaten bei den vorigen Wahlen erzielt.

In dem Wahlkreis Dirschau ging das deutsche Mandat verloren, ebenso in Gnesen. Im Wahlkreis Graudenz war die Deutsche Liste für unglücklich erklärt worden. Daß die Deutschen aus diesem Terrorwahlkampf mit rund 50 v. H. Verlusten hervorgegangen sind, ist nicht verwunderlich.

Die Regierungsbildung in Oesterreich

Kabinett Baugoin vor dem Rücktritt?

Wien, 17. November. Die Wiener Sonn- und Montagzeitung will aus parlamentarischen Kreisen die sichere Mitteilung erhalten haben, daß das Kabinett Baugoin im Laufe dieser Woche dem Bundespräsidenten seine Demission anbieten werde. Die Regierung werde mit der Fortführung der Geschäfte betraut werden, bis die Verhandlungen, die die Christlichsoziale Partei mit Dr. Schöber aufnehmen gedenke, zum Abschluß gelangen und eine neue Regierung gebildet werde. Das Kabinettsmitglied Baugoin werde nicht vor das neue Parlament treten. Starbemberg dürfte dem neuen Kabinett nicht wieder angehören. Dagegen legen die Christlichsozialen Wert darauf, daß Baugoin als Bundesminister für das Wehrwesen bleibe, doch glaube man nicht, daß an dieser Frage die Verhandlungen mit dem Schöberblock scheitern könnten. Der Demission block werde sich der Regierungsmehrheit nicht anschließen, sondern eine abwartende Haltung einnehmen.

Sittler über die Vereinigung von Nationalismus und Sozialismus

Bielefeld, 17. November. Vor etwa 6000 Zuhörern sprach gestern Abend Adolf Sittler in der Bielefelder Ausstellungshalle. In seinen nach Ton und Inhalt sehr maßvollen Ausführungen lehnte er es ab, sich mit Tagesfragen zu beschäftigen. Er gab vielmehr einen allgemeinen Überblick über die gesamte politische Lage Deutschlands und die geistige Verfassung der deutschen Nation, wie sie sich dem Nationalsozialismus darstelle. Die politische Machtlosigkeit, erklärte

er, sei die Ursache auch der wirtschaftlichen Not. Diese Machtlosigkeit sei bedingt durch den Gegensatz von Nationalismus und Sozialismus. An dieser Entwicklung trügen beide Teile gleichviel Schuld. Die Frage der Zukunft sei, daß man die Gegenseitigkeit dieser beiden Lager überwinde. Die Vereinigung von Nationalismus und Sozialismus könne nur von einem neutralen Standpunkt aus geschehen, und wer sollte dazu eher imstande sei als der Frontsoldat, der nicht für eine Partei oder einen Stand, sondern für die Gesamtheit des Volkes sein Leben eingesetzt habe? „Wir haben nicht die Absicht“, so schloß Sittler, „die Welt in Feuer und Blut zu stürzen. Als Frontsoldaten haben wir den Hurrapatriotismus gründlich verlernt. Weil wir den Krieg kennen, möchten wir ihn nicht. Aber gerade deshalb werden wir mit allen Mitteln das Recht für unser Volk fordern.“

Franzen behält Recht

Braunschweig, 17. Nov. (Eig. Drahtmeldung.) Die 14. Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig hat nach zwölfstündiger Beratung den Anspruch des „Volkstreue“ gegen die einseitige Verfügung des Ministers Dr. Franzen abgelehnt. Durch diese Verfügung war die Verberingung der vom Berliner Polizeipräsidenten über Franzen aufgestellten Behauptungen untersagt worden. In der Begründung wird die Darstellung Dr. Franzens über sein Verhalten auf der Polizeiwache am Potsdamer Bahnhof am Abend des 13. Oktober in Berlin ebenso wenig bemerkt wie die Neugenaussage der Berliner Polizeibeamten. In der braunschweigischen bürgerlichen Presse wird dieser Spruch des Landgerichts als eine völlige Rehabilitierung Franzens bezeichnet.

Weitere Wahlergebnisse aus Baden

Karlsruhe, 17. Nov. (Telunt.) Von den Gemeindevahlen in Baden liegen nunmehr weitere Ergebnisse aus den größeren Städten des Landes vor.

Mannheim: Nationalsozialisten 17 145 Stimmen (18 845), 14 Sitze (9); Deutsche Volkspartei 5031 Stimmen (19 706) (Einheitsliste), 4 Sitze (12); Staatspartei 4595 (Einheitsliste); Zentrum 17 242 (18 576), 15 Sitze (14); Sozialdemokraten 28 898 (33 493), 25 Sitze (28); Kommunisten 10 171 (28 011), 14 Sitze (18).

Wormsheim: Nationalsozialisten 7023 Stimmen, 30 Sitze (9); Deutschnationale 2082 (2843), 6 Sitze (13); Deutsche Volkspartei 1787 (Einheitsliste) (6602), 5 Sitze (11); Staatspartei 1285 (Einheitsliste), 5 Sitze (9); Zentrum 1980 (2088), 5 Sitze (9); Sozialdemokraten 7101 (10 950), 20 Sitze (20); Kommunisten 2618 (4618), 4 Sitze (7).

Heidelberg: Nationalsozialisten 13 908 Stimmen (14 578), 31 Sitze (9); Zentrum 5271 (6828), 12 Sitze (13); Sozialdemokraten 7216 (9056), 16 Sitze (21); Kommunisten 3046 (5138), 7 Sitze (10).

Konflikt in der Wirtschaftspartei

Berlin, 17. Nov. Der Parteiführer der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Drewoitz, hat dem gesamten Personal des Parteibüros, vom Generalsekretär Landtagsabgeordneter Dannenberg beginnend, bis herab zum letzten Boten die Kündigung mit 14tägiger Frist ausgesprochen, obwohl es sich um Angestellte handelt, mit denen zum Teil, wie mit Dannenberg, langfristige Verträge abgeschlossen waren, und die zum Teil schon viele Jahre lang im Parteibüro tätig sind. Der Parteiführer hat diese Kündigungen damit begründet, daß das Büro reorganisiert werden müßte.

Vorläufiges Endergebnis aus Danzig

Danzig, 17. Nov. Die Zählung der bei den Wahlen zum Volkstag abgegebenen Stimmen war bis 22 Uhr bereits so weit fortgeschritten, daß um diese Zeit ein vorläufiges Gesamtergebnis vorlag, das allerdings, wenn auch nicht in großem Umfange noch einige Veränderungen erfahren kann. Danach erhielten die Sozialdemokraten 54 000 Stimmen (1927: 61 779); Nationalsozialisten 34 000 (21 800); Deutschnationale Volkspartei 28 000 (35 828); Zentrum 28 000 (29 096). Die Kommunisten erhielten 20 000 (11 700) Stimmen; die Deutsche Danziger Wirtschaftspartei 6800 (8010); die von den Deutschnationalen abgesplitterte Deutsche Volksgemeinschaft 6500; die Nationalliberalen 5000 (8331); die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft (Weimarerpartei) 4880 (4227); die Deutschen Liberalen 4000 (6204); die zum ersten Male aufgestellte Eisenbahnerliste 3200; die polnische Liste erzielte 5000 (5704) Stimmen. Hierzu sind noch 1800 Stimmen der polnischen katholischen Liste zu rechnen, so daß die Polen einen Gewinn von 1100 Stimmen zu verzeichnen haben.